

Pressemitteilung

Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Heidelberg
Postfach 10 31 62 69021 Heidelberg
<http://heidelberg.rote-hilfe.de>



22.8.2015

Redebeitrag der Roten Hilfe bei der Demonstration gegen Spitzel, Überwachung und Repression, Heidelberg, 22.8.2015

In Heidelberg fand heute eine Demonstration anlässlich der Fortsetzungsfeststellungsklage zum Fall des gegen verschiedene Heidelberger Gruppen eingesetzten Polizeispitzels Simon Bromma statt. Die Rote Hilfe, die die Klage unterstützt, beteiligte sich an der Demonstration, ein Vertreter der Ortsgruppe Heidelberg hielt den folgenden Redebeitrag (auch längere Passagen können unter Creative Commons CC-BY gerne zitiert werden):

"Der präventivpolizeiliche Einsatz von Vertrauenspersonen ist ein unersetzliches Mittel zur Abwehr von Gefahren, die der öffentlichen Sicherheit und Ordnung insbesondere durch organisierte oder politisch motivierte Kriminalität drohen."

Das hat die Grün-Rote Landesregierung im Gesetzentwurf zur Reform des Polizeigesetzes 2012 geschrieben. In dem hat sie den Einsatz von Polizeispitzeln als Normalfall präventivpolizeilichen Handelns definiert -- vorher war er nur "Experiment". Gerade nach dem Skandal um Simon Bromma hätte mensch schon erwarten können, dass eine Regierung, deren Chef selbst mal im Fokus der politischen Repressionsbehörden war, vielleicht was anderes tun könnte als die Wunschzettel der Polizei abzuschreiben.

War nichts, aber: An diesem kurzen Stück Obrigkeitsprosa lässt sich viel von dem ablesen, was an den permanenten Ausweitungen der Rechte der Polizeien schief läuft.

Erstmal: Was da geschützt werden soll, sind keine Menschen, es ist die "öffentliche Sicherheit und Ordnung". Um mal ein kleines Beispiel zu geben: In dieser Gedankenwelt ist ein Penner im Winter ein Problem, wenn er sich im Bahnhof aufwärmt. Das Problem ist weitgehend gelöst, wenn er sich draußen den Arsch abfriert -- und ganz, wenn er erfroren ist. Um diese Sorte Gesetz gehts hier also.

Noch ein bitterer Witz an "öffentlicher Sicherheit und Ordnung" ist, dass niemand wirklich sagt, was genau das ist -- außer der Polizei. Wo immer diese Phrase steht, könnte fast genausogut "Gutdünken der Cops" stehen.

Um das nochmal zu interpretieren: Nehmt an, irgendsoein Typ pinkelt in einen Blumenkasten vor dem Rathaus. Wenn es um "öffentliche Sicherheit und Ordnung" geht, kann der Polizeihauptmeister erstmal hingucken: Ist der Pinkler eher dunkelhäutig, ist

sie klar gefährdet, und er kann ein ganzes Arsenal von Kram aus dem Polizeigesetz abfeuern; laut dessen aktueller Fassung beispielsweise Daten über die Person erfassen und speichern, diese im Schengenraum verbreiten bzw. einholen, Videoüberwachung anwerfen, die Person für eine Weile einfahren und so fort.

Wenn es allerdings der Bürgermeister ist, der in die Blumen strullt, machts nichts -- es ist ja nicht so richtig verboten, und der Bürgermeister ist die personifizierte öffentliche Ordnung, kann sie also gar nicht stören. Das Opportunitätsprinzip -- das ist der Edeldname fürs personenabhängige Strafen -- gibts zwar auch im Strafrecht, aber da ist es die Ausnahme. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung dagegen ist schon dem Charakter nach schlicht Rechtfertigung der Willkür wildgewordener Kleinbürger in Uniform.

Der nächste Klopfer im Regierungssatz ist "Abwehr von Gefahren". Also: Es ist nichts passiert, und trotzdem darf die Polizei schon loslegen. Das passt wunderbar in den ganzen Trend des Präventionsstaats. Egal, ob wer nur vor der Glotze hockt, Steuern hinterzieht oder gegen Polizeistaaterei demonstriert: der Staat genehmigt sich per Vorratsdatenspeicherung Zugriff auf die Kommunikations- und Bewegungsprofile von allen Untertanen. Oder speichert ihre Bilder, wenn sie über die passenden Plätze laufen. Oder kann sie im Wesentlichen aufgrund von ein paar Bytes im Computer zwingen, am Wohnort zu bleiben, wenn irgendwo eine Demo stattfindet -- Meldeauflage heißt sowas übrigens, und ist, so viel Rechtsstaat ist schon noch, häufig wegzuklagen. Noch ein Grund, zur Roten Hilfe zu kommen.

Bei all dem ist die Strafverfolgung vorverlegt in die Zeit vor irgendeiner "Tat". Und weil wir alle potenzielle Straftäter sind -- euch allen, die ihr hier steht, sehe ich schon mal das Gedankenverbrechen an --, ist der Präventionsstaat in einer Art permanenter, nur ausgesetzter, Strafverfolgung von jedem und jeder. Da ist es nur konsequent, dass vorne und hinten Verdeckte ErmittlerInnen und Vertrauenspersonen (ich fasse die jetzt mal als Spitzel zusammen) aufpassen sollen, dass nichts anbrennt.

Zusammengefasst: "Zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" heißt in Wirklichkeit "Wenn die Polizei glaubt, dass vielleicht demnächst was passiert, das ihr missfallen könnte."

Der nächste Ärger ist das mit dem "unersetzlichen Mittel". Das ist natürlich Gewäsch, denn so wirklich oft wurden Spitzel -- jedenfalls soweit wir wissen -- nicht eingesetzt. Wenn in den paar Fällen nichts weiter gegangen wäre, weil Spitzel, und schon gar in der "Gefahrenabwehr", verboten wären, wäre das echt nicht wild. Fälle, die offen bleiben, gibt es ja auch so noch genug. Worüber wir uns, nebenbei, laut freuen sollten, weil es ein klares Zeichen ist, dass es noch nicht ganz vorbei ist mit der Freiheit, aber das ist ein Thema für einen anderen Tag.

Zurück zum "unersetzlichen Mittel": der wirkliche Grusel an dieser Sprache ist, dass Innenminister Gall da letztlich sagt: "Wenn die Bullen das wollen und die behaupten, dass es ihnen was bringt, sollen sie es auch haben." Sowas würde natürlich noch nicht mal dann gehen, wenn die Polizeichefs und -gewerkschaften noch ein wenig bürgerrechtliches Gespür behalten hätten. Da sie das nicht haben, ist so eine Wunschzettelpolitik extra übel.

Das gilt ganz besonders im Hinblick auf den letzten Punkt meiner kurzen Textkritik. "Insbesondere," sagt die Regierung, gehe es um "organisierte oder politisch motivierte Kriminalität". Dass "organisierte Kriminalität" in Nordeuropa im Wesentlichen ein Schreckbild ist, mit dem immer neue Rechte für die Polizei durchgesetzt werden, ist inzwischen ein Allgemeinplatz. Schlimmer aber: Wichtigste Zutat organisierter Krimi-

nalität dort, wo es sie wirklich gibt, ist genau die Verwicklung der Polizei in die Banden und Bändchen, in die Durchsetzung krimineller Interessen.

Ausgerechnet unter dieser Flagge der Polizei auch noch Extrarechte zu geben, so willkürliche und intransparente zudem, und welche, die die gegenseitige Druchdringung von Polizei und extralegalem Geschäft befördern, das entspricht dem Versuch, Alkoholismus durch Heroin zu heilen.

Noch ernster ist aber die Ansage, es gehe hier speziell um "politisch motivierte Kriminalität". Ausweislich der Kriminalitätsstatistik muss damit offenbar auch was wie eine Sitzblockade oder mal ein Bengalo auf einer Demo gemeint sein -- in jedem Fall mal jede direkte Aktion. Der Polizei immer weniger Grenzen zu setzen, genau um machtlosen Minderheiten Interventionsmöglichkeiten aus der Hand zu schlagen, das ist der größte Stinker aus brodelnden Darm, der all die Antiterror- und neuen Polizeigesetze zusammengärt.

Der große Mist ist eben nicht, wie es manchmal in der Zeitung zu lesen ist: Ogottogott, das wird Unschuldige treffen. Nein, Gesetze dieser Art sind besonders schlimm, wenn sie in ihrem Sinn Schuldige treffen: Die Nachfolger derer, die 1789 die Bastille stürmten, die 1844 in Schlesien das Schicksal der Weber zu verbessern suchten -- und die Situation der TextilarbeiterInnen heute ist im Schnitt so viel besser nicht --, die 1848 auf den Straßen waren, die, und hier verlasse ich wohl den Konsens mit Kretschmann und Komplizen, 1871 von der Pariser Commune aus ein Hoffungszeichen in die Welt schickten, und so fort, kurz, die, die für mehr Freiheit, Gleichheit und Solidarität kämpften und dafür eigentlich immer von ihrer Obrigkeit verfolgt wurden, ganz, wie es die unsere auch heute noch will.

Mit Spitzeln muss ich mich bei jeder Verständigung über Politik oder Aktion fragen: "Meint der das ernst oder will der mich nur einfahren?" Diese latente und permanente Paranoia lähmt und trifft, so wie sie unsere VorgängerInnen gelähmt und getroffen hat.

Daher: Der Skandal an den Spitzeln ist vielleicht *auch*, dass sie Unschuldige treffen. Der Hauptskandal aber ist, dass sie gegen Schuldige wirken -- gegen die Untertanen, die allmählich mal wieder die nächsten Schritte in eine bessere Welt gehen wollen.

Wie diese bessere Welt aussieht, weiß ich genauso wenig, wie sich die CommunardInnen, die Weber oder die Sufragetten vorstellen konnten, was wir zwischen Frauenwahlrecht und Vierzigstundenwoche heute schon alles hinbekommen haben -- und was nicht. Ein Blick ins Geschichtsbuch lehrt aber: Die Entwicklung der Gesellschaft wird mit jedem neuen Gesetz für mehr Sicherheit und Repression auf allen Seiten blutiger. Deshalb:

Weg mit den Geheimdienstrechten der Polizeien!

Weg mit dem widerwärtigen Inlandsgeheimdienst "Verfassungsschutz"!

Weg mit den Gesinnungsparagrafen aus der 129er-Familie!

Kriegen wir das hin?

► Für Rückfragen stehen wir Ihnen unter 06221/189144 zur Verfügung.